

Druckversion



Url: http://www.focus.de/politik/ausland/tid-17690/schuldendebakel-gauweiler-fordert-griechenland-ermittlungen_aid_492710.html

24.03.2010, 13:48



Schuldendebakel

Gauweiler fordert Griechenland-Ermittlungen

Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler warnt vor dem EU-Gipfel in Brüssel vor europäischen Finanzhilfen und einem Bruch der Verfassung. Die deutsche Staatsanwaltschaft fordert er zu Ermittlungen im Schuldenfall Griechenland auf.

Von FOCUS-Online-Redakteurin Christina Otten

IWF-Lösung oder europäische Nothilfen? Der am Donnerstag beginnende EU-Gipfel in Brüssel soll eine Einigung im Streit um Finanzhilfen für das hoch verschuldete Griechenland erzielen. Noch ist unklar, ob sich Deutschland oder die EU-Kommission mit ihren gegensätzlichen Positionen durchsetzen.



Peter Gauweiler

ddp

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) fordert die Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und sieht inzwischen offenbar auch **den wichtigen EU-Partner**

Frankreich auf ihrer Seite. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso pocht dagegen auf eine europäische Lösung mit einem Nothilfepaket, an dem Deutschland mit rund fünf Milliarden Euro beteiligt wäre. Die „Welt“ berichtete am Mittwoch, dass die Kanzlerin am Ende doch auf diese Hilfsvariante umschwenken könnte.

„Wie Schokolade für Zuckerkranke“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler sieht in dem Vorstoß Barrosos und der von ihm aufgebauten Drohkulisse gegen Deutschland einen „unglaublichen Vorgang“. Derartige Finanzhilfen und Finanzgarantien für Griechenland seien nach EU-Recht eindeutig verboten, sagte er FOCUS Online. „Das wäre wie Schokolade für Zuckerkranke.“

Gauweiler, der schon gegen den EU-Vertrag von Lissabon erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht klagte, erklärte, der Kommissionspräsident habe versucht, die Mitgliedstaaten zu einem Rechtsbruch und zur Umgehung gerade der Vorschriften zu drängen, die die Stabilität des Euro sichern sollen. „Die Bundesregierung darf sich daran natürlich nicht beteiligen.“

Nach Ansicht Gauweilers gehört die sogenannte „No-Bail-Out-Klausel“ im Lissabon-Vertrag, die das Entstehen der EU-Länder für die Schulden eines Mitgliedstaates untersagt, zum Kern der europäischen Währungsverfassung. „Deutschland ist der Währungsunion nur unter der Voraussetzung beigetreten, dass es diese und andere Vorschriften gibt, die dafür sorgen sollen, dass der Euro so stabil ist wie die D-Mark.“ Die Missachtung dieser Vorschriften würde der deutschen Beteiligung an der Währungsunion die nach dem Grundgesetz

erforderliche demokratische Legitimitätsgrundlage entziehen.

„Zurzeit kein Anlass für eine Klage“

Gauweiler betonte, dass sich die Kanzlerin dieser Problematik sehr wohl bewusst sei und daher die IWF-Lösung forciert. „Sie ist dem von der Kommission geplanten Vertragsbruch offen entgegengetreten. Deshalb sehe ich zurzeit keinen Anlass für eine Klage.“ Eine Finanzspritze des IWF sieht Gauweiler als „dogmatisch richtig“.

„Welche Rolle spielten Politiker und EU bei der Sabotage?“

Ohnehin könne die Bundesregierung dem Bundesbürger kaum vermitteln, dass weitere Entlastungen und Vorhaben wegen der Rekordneuverschuldung zurückstehen müssen, aber gleichzeitig Milliarden für mögliche Griechenland-Hilfen zur Verfügung gestellt werden. „Deutschland war und ist als größter Nettozahler in der EU ja ohnehin sehr solidarisch. Und gerade Griechenland hat davon sehr profitiert.“

Anders herum müsse jeder europäische Staat für die Folgen seiner eigenen Haushalts- und Finanzpolitik unmittelbar einstehen. Selbst die momentane Zahlungsunfähigkeit eines Staates wäre für den Euro das weitaus geringere Problem als die faktische Abschaffung der Stabilitätsvorschriften für die europäische Währung.

Hintergründe des Debakels beleuchten

In der Diskussion fordert Gauweiler zudem, sich nicht nur auf die Finanzhilfen für Griechenland zu konzentrieren, sondern jetzt auch die Hintergründe des Debakels zu beleuchten. „Wir müssen der Frage nachgehen: Wie konnte diese Untergrabung der Geldwertstabilität des Euro überhaupt geschehen? Welche Rolle spielten bei dieser Sabotage unserer Währung das statistische Amt der EU sowie griechische Politiker im Verbund mit bestimmten nicht-griechischen Finanzinstituten?“ Gauweiler sieht hier einen Fall für die nationalen Staatsanwaltschaften. „Auch in Deutschland.“

Einigung noch vor Gipfelbeginn

Die europäischen Staats- und Regierungschefs streben nach Angaben aus Brüssel eine Einigung über die Finanzhilfen noch vor Gipfelbeginn an. „Es ist möglich, dass es ein Treffen der Mitglieder der Euro-Gruppe noch vor dem Start des Gipfels gibt“, sagte ein Sprecher des ständigen EU-Ratsvorsitzenden Herman Van Rompuy.

Griechenland versicherte unterdessen, seine Finanzkrise alleine zu meistern. „Wir haben von niemandem Geld verlangt“, sagte Finanzminister Giorgos Papakonstantinou in Athen. Beim EU-Gipfel erwarte er eine „europäische Lösung“ für das Finanzproblem seines Landes. Athen hatte ein drakonische Sparprogramm mit harten Einschnitten für Bürger und Unternehmen aufgelegt, um EU-Vorgaben zu entsprechen.



Foto: ddp

Copyright © FOCUS Online 1996-2010

der Kommission geplanten Vertragsbruch offen entgegengetreten. Deshalb sehe ich zurzeit keinen Anlass für eine Klage." Eine Finanzspritze des IWF sieht Gauweiler als „dogmatisch richtig“.

Schuldendebakel

Seite 1/2

Gauweiler fordert Griechenland-Ermittlungen

„Welche Rolle spielten Politiker und EU bei der Sabotage?“

Schlagwörter: Jose Manuel Barroso Brüssel Bundesregierung CSU EU Finanzhilfen Frankreich Peter Gauweiler Griechenland Hilfen Klage Angela Merkel Schulden Staatsanwaltschaft Verfassung

Artikel bewerten

☆☆☆☆



Leser-Kommentare (2)

Alois_21 | 1090 Kommentare (24.03.2010 14:09)

Wo ist

die Rücktrittsforderung gegen Herrn EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso ? Untragbar dieser Mann !

Auf den Kommentar von Alois_21 antworten
Kommentar-Antworten lesen (bisher keine Antworten)

Weitere Kommentare

Jens-Ulrich (24.03.2010 13:58)

Die Fragen,....

...die Gauweiler stellt, sind berechtigt. Die Geschäftsgrundlagen der Euroeinführung können nicht willkürlich verändert werden, auch wenn sich dies mancher EU-Funktionär wünscht.

Auf den Kommentar von Jens-Ulrich antworten
Kommentar-Antworten lesen (bisher keine Antworten)

FOCUS Fragen

Wenn Sie Fragen zu diesen oder anderen Themen haben besuchen Sie unsere Ratgeber-Community FOCUS Fragen [weiter](#)

Kommentar als Gast

Login

Überschrift Ihr Name

Schreiben Sie hier Ihren Kommentar zum Artikel: Gauweiler fordert Griechenland-Ermittlungen

Netiquette | AGB

Das könnte Sie auch interessieren

04.03.09, 11:04 | 20 Kommentare



Archiv-Einsturz Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf

Nach dem Einsturz des Stadtarchivs in Köln hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Oberbürgermeister wettet derweil gegen den U-Bahnbau. Ein Schüler filmte die Katastrophe. [weiter](#)

02.10.08, 10:56



UEFA-Cup Münchner Staatsanwaltschaft: Keine Ermittlungen

Im Zusammenhang mit dem Bestechungsverdacht im UEFA-Cup zwischen dem FC Bayern und St. Petersburg laufen seitens der Münchner Staatsanwaltschaft derzeit keine Ermittlungen. [weiter](#)

FOCUS 11/2008

Alle Politik-News auf [nachrichten.de](#), dem automatisierten Nachrichtenportal, das auf rund 500 journalistische Quellen zugreift.

vor 40 Minuten
Union stürzt auf 32 Prozent

vor 31 Minuten
Ex-Familienministerin Bergmann wird Missbrauchs-Beauftragte

vor 51 Minuten
Rheinische Post: Kommentar: Risiko Söder

AUSLAND IN BILDERN

Afghanistan: Barack Obamas erster Feldzug

John Demjanjuk: Nazi-Schergenarrt Justiz

Silvio Berlusconi: Die Fehltritte des „Cavaliere“

POLITIK-VIDEOS



Mexiko: USA will im Kampf gegen Drogen stärker unterstützen

[weitere Videos >>](#)

WEITERE POLITIK-MELDUNGEN

Politik: [Weitere Meldungen](#)

Anzeige

	TOPRENDITE MIT TEAKHOLZ Sicher, ökologisch, börsenunabhängig. Die Chance für Privatanleger - bereits ab 3200 €. Informieren Sie sich >
	Augenlaser Behandlungen durch qualifizierte Fachärzte von CareVision: Dank Lasik endlich gut sehen OHNE Brille. Jetzt kostenlos informieren!
	Alles auf einer Plattform Schnelleres und effizienteres Kommunizieren mit Microsoft Unified Communications. >> Mehr Informationen

Google Anzeigen

1. Antrag ausfüllen
 2. Angebot prüfen
 3. Schuldenfrei werden
- www.jetzt-schuldenfrei.com